

(Beifall von den PIRATEN)

Denn was die in den letzten Jahren da machen, ist eine Katastrophe.

Der Klops des Tages allerdings, den ich hier heute gehört habe, kam – jetzt ist er leider weg – von Herrn Lindner.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der hat doch seinen Auftritt gehabt!)

Er rief Frau Kraft auf, sie möge sich doch um die Fluchtursachen kümmern. Und das wäre die Bekämpfung der Schlepperkriminalität.

(Heiterkeit von Norbert Römer [SPD])

Wir waren vor zwei Wochen in Italien. Wir waren in einem Erstaufnahmелager. Herr Lindner sollte vielleicht einmal seine Kollegen, Dr. Stamp, fragen. Wir haben dort Menschen gesehen, die traumatisiert aus Kriegsgebieten gekommen sind. Wenn Sie einmal in diese Augen geschaut haben, werden Sie das nicht vergessen. Wenn man dann hört, nur die Schlepperkriminalität sei schuld, ist das unfassbar schlecht.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Frau Kraft – mein Kollege Herrmann hat es schon erwähnt ... Jetzt ist sie auch weg.

(Lebhafter Widerspruch – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie ist da! Sie erklärt Herrn Lindner gerade die Lage! – Zuruf: Sie war die ganze Zeit da! – Weitere Zurufe)

– Gut.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Es ist gut; jetzt ist sie ja da.

Ich muss trotzdem noch einmal ganz kurz auf die Standards eingehen. Sie feiern ja jetzt, dass die 108 Millionen € an die Kommunen durchgewinkt werden.

Das geschieht jedoch wieder nach dem Gießkannenprinzip. Ich möchte dazu kurz aus der letzten Anhörung zum Nachtragshaushalt zitieren. Da sagte Frau Windgasse vom Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Düsseldorf, die Erstattung an die Kommunen durch die Landesregierung sei in der Tat in NRW sehr niedrig. – Das ändert sich jetzt. – Weiter führte Frau Windgasse aus:

„Aber NRW ist auch, soweit ich weiß, eines von zwei Bundesländern, die dann auch den Kommunen kaum Vorgaben machen, wie die Flüchtlinge zu versorgen sind.“!

Hört, hört! Alle anderen Bundesländer können diese Vorgaben wohl machen. Ich finde es ganz spannend, dass hier immer wieder das Totschlagargument „Konnexitätsprinzip“ kommt. Wenn das in an-

deren Bundesländern geht, warum denn dann nicht hier?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Weil sie nicht alle die gleiche Verfassung haben!)

Der Zaubersatz des Tages kam von Herrn Römer, der nämlich fragte: Wie gehen wir mit den Flüchtlingen um? Nicht, dass wir damit umgehen, dass jetzt mehr Gelder da sind, was schön und gut ist, sondern: Wie?

Dazu gehören einmal die Standards. Dazu gehört, dass bei den Landeseinrichtungen ein Heim-TÜV eingeführt wird. Dazu gehört auf jeden Fall, dass der Flüchtlingsrat mehr Unterstützung bekommt, und zwar auch finanziell. Denn der Flüchtlingsrat ist die Schnittstelle zwischen allen Organisationen, die sich um Flüchtlingsfragen kümmern, und er ist ganz dringend erforderlich für die Sensibilisierung und Aufklärung der Aufnahmegesellschaft.

Ich weiß nicht, wie oft ich es hier schon gesagt habe: Eine erfolgreiche Integration der Migranten in unsere Gesellschaft kann nur erfolgen, wenn wir die Aufnahmegesellschaft mitnehmen, wenn wir sie aufklären, wenn wir sie sensibilisieren. Dafür ist der Flüchtlingsrat eminent wichtig. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Unterrichtung.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/9068

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/9069

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9071

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9072

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/9077

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/9000

zweite und dritte Lesung

Die Aussprache wird jetzt eröffnet. Als erster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit am Pult. Bitte schön, Herr Kollege.

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja einen Großteil der Debatte gerade schon vorweggenommen, auch den ersten Hintergrund, der zumindest einen Großteil dieses Nachtragshaushalts ausmacht, nämlich die stärkere Unterstützung für Flüchtlinge.

Trotz dieses ersten Hintergrunds ist aus unserer Sicht dieser Nachtragshaushalt sehr positiv im Gegensatz zu anderen Nachtragshaushalten, die oft Probleme aufwarfen.

Dieser Haushalt führt zu mehr Unterstützung für Flüchtlinge, verbessert die Situation der Schulen und ist besonders kommunalfreundlich. Er ist solide aufgestellt, weil er zu einer leichten Absenkung der Neuverschuldung führen wird. Insofern ist dieser Nachtragshaushalt aus unserer Sicht zustimmungsfähig.

(Ralf Witzel [FDP]: Mit welchen Einsparmaßnahmen denn?)

– Zu den Einsparmaßnahmen und Ihren Vorschlägen, Herr Witzel, komme ich gleich noch.

Es gibt mehr Unterstützung der Flüchtlinge unter anderem durch zusätzliche Investitionen in die Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Er ist positiv für die Schulen, weil wir 674 neue Lehrerstellen zur Verfügung stellen, die die Unterrichtssituation verbessern können. Und insbesondere ist es positiv für die Kommunen, weil wir die Voraussetzungen für die Durchleitung der Investitionsmittel hiermit haushaltspolitisch schaffen. Und es wird durch den gerade von uns diskutierten Antrag, nämlich die gesamten Mittel des Bundes, also 54 Millionen €, an die Kommunen weiterzuleiten, noch kommunalfreundlicher. Auch die 54 Millionen €, die aus Landesmitteln finanziert werden müssen, werden komplett an die Kommunen gehen, um deren Situation bei der Flüchtlingsaufnahme zu verbessern.

Die CDU und die FDP haben in den Debatten in den Ausschüssen immer die übliche Position vertreten: Hier wird zu wenig getan. Hier wird zu wenig Geld ausgegeben. – Gleichzeitig werden von Herrn Witzel wieder mehr Einsparungen gefordert. Es ist

wieder die Dialektik dieser beiden Oppositionsparteien, zwei widersprüchliche Dinge zu fordern.

Festzuhalten bleibt als Fakt: Die FDP hat keinen einzigen Änderungsantrag für Mehrausgaben und keinen einzigen Antrag gestellt, wo denn strukturelle Einsparungen vorgenommen werden können. Sie reden viel, aber sie machen keine konkreten Vorschläge.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ähnlich verhält es sich bei der CDU. Sie haben einen Änderungsantrag hinsichtlich der Hilfsfonds gestellt. Den müssen wir leider ablehnen, weil wir bei der gemeinsamen, zwischen den Fraktionen besprochenen Vorgehensweise, diese Frage im Haushalt 2016 aufzugreifen, bleiben und das jetzt für einen politischen Showantrag halten. Jeder weiß, dass die entsprechenden Zahlen für einen solchen Antrag noch nicht vorliegen.

Interessanter finde ich aber den Antrag der CDU, wie sie das denn finanzieren will. Sie predigt immer: Man muss eigene Haushaltsanträge doch mit strukturellen Einsparungen hinterlegen. – Die strukturelle Einsparung, die die CDU vorschlägt, ist eine Absenkung des Zinsansatzes, und das vor dem Hintergrund, dass Sie sonst immer kritisieren, dass wir die Zinsrisiken nicht richtig und nicht hoch genug bewerten. Da beißen Sie sich selbst in den Schwanz, was diese Vorgehensweise angeht. Das ist auch keine solide Haushaltspolitik.

Zusammenfassend können wir sagen: Dieser Nachtrag hilft den Kommunen, unterstützt die Arbeit für Flüchtlinge, verbessert die Situation an den Schulen, und das Ganze bei Senkung der Neuverschuldung. Einem solchen Antrag kann man eigentlich nur zustimmen. Wenn die Opposition sich wie angekündigt enthält, ist das ja fast eine Zustimmung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Zimkeit hat sich – ich möchte mit der Frage von Deckungsanträgen beginnen – in Oberhausener Dialektik aus seiner Zeit im Rat und in anderen Gremien zurückgeflüchtet. Herr Zimkeit, wir reden über strukturelle Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja!)

und wir reden bei Haushaltsanträgen über konkrete Gegenfinanzierungen auf der anderen Seite. Wir legen zu einem ganz konkreten Haushaltsantrag einen ganz konkreten Deckungsvorschlag vor. Und

der Minister ist auch noch so nett, uns zu beantworten, dass er eine solche Absenkung für finanzierbar, aber nicht für erforderlich hält, da er den Antrag für nicht erforderlich hält. Und in der Pressekonferenz erklärt er noch, dass der Zinsansatz auch immer sein Puffer ist. Insofern muss man natürlich sagen: Sie können mit Ihrer Kritik nur von dem Kernproblem dieses Antrags und seiner Ablehnung durch Ihre Fraktion ablenken.

Wir haben in der letzten Woche in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses besprochen, dass es ein gemeinsames fachliches Anliegen aller Fraktionen des Landtags ist, die Landesregierung bei diesem Thema, nämlich einen Hilfsfonds für Menschen einzurichten, die schwerste Misshandlungen erlitten haben und die jetzt endlich die Hilfe durch den Staat und durch andere Institutionen bekommen sollen, die ihnen seit Jahren zusteht und die immer wieder verschleppt worden ist, zu unterstützen, indem wir ihr an der Stelle Rückenwind für die Gespräche mit den anderen Institutionen in den nächsten Monaten geben wollen.

(Beifall von der CDU)

Dieser Rückenwind ist übrigens Gegenstand des Antrags im Plenum im Mai gewesen. Damals hat hier Justizminister Kutschatj in Vertretung des Ministers Schneider erklärt: Schauen Sie bitte, Herr Burkert, in den Nachtragshaushalt. Da werden Sie finden, dass im Nachtragshaushalt 2015 ein Strichansatz steht, um das genau zu decken.

Minister Schneider hat das Gleiche im Fachausschuss erzählt. Dann gehe ich doch davon aus, dass Sie Ihre beiden Minister nicht in den Regen stellen wollen. Ich habe aber offensichtlich falsch gedacht. Sie stellen sie nämlich trotzdem in den Regen. Sie geben aber insbesondere – und das ist das Taurige in einer solch sensiblen Geschichte – nicht den Rückenwind für Hilfe für die Schwächsten.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist nicht wahr, und das wissen Sie genau!)

Ansonsten wird doch immer die Ministerpräsidentin mit den Worten zitiert: Wir wollen keinen zurücklassen.

Warum können wir denn nicht – ganz ernsthaft, auch wenn die Summe im Detail nicht feststeht – der Landesregierung eine Ermächtigung erteilen? Ein Haushalt ist immer eine Ermächtigung und keine Verpflichtung, eine Höchstsumme auszugeben. Warum können wir keine Ermächtigung erteilen, damit sie mit Rückendeckung arbeiten kann? Wir hätten es hier signalisieren können.

Wenn Sie das nicht machen, ist das übrigens auch ein etwas komischer Vorgang, weil wir mit Blick auf genau die Bereitschaft, noch einmal darüber zu sprechen, im Haushaltsausschuss unseren Antrag zunächst zurückgestellt haben. Sie haben bis ges-

tern Nachmittag keinen Satz an uns verloren, wie Sie damit umgehen wollen. Sie haben sich nicht bei uns gemeldet. Und deshalb haben wir diesen Antrag wieder eingereicht. Wir haben in der letzten Woche darüber gesprochen, dass wir bei diesem sensiblen Thema die Gemeinsamkeit des Parlamentes erhalten wollen. Deshalb ist es so schade.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abel?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Aber natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich. – Bitte schön, Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Ich habe eine Frage zu Ihren Ausführungen. Stimmen Sie mir zu, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss letzte Woche vereinbart haben, dass wir das an die Kolleginnen und Kollegen auf Fachebene weitergeben, Sie daraufhin Ihren Antrag zurückgezogen haben und es heute Morgen eine Unterrichtung der Obleute im Gesundheitsausschuss gab, wo der Staatssekretär noch einmal ausdrücklich gesagt hat, dass es bei der Vereinbarung, die alle Fraktionen hier im Hause getroffen haben, bleibt, wir für den Haushalt 2016 einen Strichansatz machen und es eine feste Zusage gibt, auch in einem Brief an Sie? Ist das so, wie ich es wiedergegeben habe?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege Abel, ich bedanke mich für Ihre Zwischenfrage, denn das gibt mir Gelegenheit, den Sachverhalt an einer entscheidenden Stelle klarzustellen.

Das, was immer „Verabredung“ unter den Fachpolitikern genannt worden ist, ist keine, sondern es hat eine E-Mail des Sprechers der SPD-Fraktion im zuständigen Fachausschuss gegeben, das gehe leider nicht mit dem Nachtragshaushalt 2015, und das sollten alle anderen, insbesondere die Oppositionssprecher, bitte akzeptieren. Das ist keine Vereinbarung, sondern das ist eine Erklärung „Es geht nicht“ oder „Wir wollen nicht“. Eine Vereinbarung ist etwas anderes.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Das heißt, die Grundlage Ihrer ganzen Argumentation stimmt nicht.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Nein, das stimmt nicht!)

Da müssen Sie sich bitte mit Ihren Fachkollegen aus dem Bereich Gesundheit und Soziales noch einmal rückkoppeln.

Tatsache ist, dass Herr Minister Schneider mir einen Brief geschrieben hat, in dem steht, es sei ein Versehen, dass es im Haushalt 2015 nicht steht. Insofern wollte man das gerade mit einer parlamentarischen Initiative korrigieren, weil auch der Herr Minister offensichtlich der Auffassung ist, dass man dieses Thema möglichst gut lösen sollte.

(Minister Guntram Schneider: Natürlich!)

Wir wollten ihm und dem Chef der Staatskanzlei, der dazu im August verhandeln soll, explizit Rückendeckung über alle Parteigrenzen hinweg geben.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es schade, dass das nicht zustande kommt.

Zum Haushalt im Übrigen haben wir bei den Flüchtlingsthemen in der Sache diskutiert. Was wir uns erhofft hätten, wenn man schon jetzt einen zweiten Nachtrag vorlegt, den wir jetzt in einem beschleunigten Verfahren beraten, wäre, dass es ein Gesamtkonzept gibt, wie wir in Zukunft mit dem Thema „Flüchtlingspolitik“ im Haushalt des Landes, und zwar nicht eben mal wieder in einzelnen Etappen, umgeht. Dieses Gesamtkonzept ist auch im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen nicht erarbeitet und vorgelegt worden.

Deshalb sind die Änderungsanträge von SPD und Grünen in der Tat eine Selbstverständlichkeit, nämlich dass man dasjenige, das vereinbart ist, den Kommunen weiterleitet. Da ist auch nichts zu feiern; das tun andere auch. Das ist eigentlich ein Ausdruck der Fairness gegenüber denen, die vor Ort die Arbeit leisten müssen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Genau!)

Alles andere wäre im Grunde genommen die Fortsetzung Ihrer Politik der letzten Jahre, nämlich den Kommunen keine angemessene Ausstattung dafür zu geben, was Sie an Kosten haben. Insbesondere immer dann, wenn die aus dem System herausgefallen sind, wenn eine Duldung ausgesprochen ist, bezahlen die Kommunen alles allein.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Hatten Sie höhere Pauschalen?)

Das ist ein nordrhein-westfälischer Spezialfall, und der belastet die Haushalte in allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen ganz massiv.

Sie haben kein Gesamtkonzept, Sie haben im Grunde auch kein Konsolidierungskonzept. Wenn Sie dann das Märchenbuch, das sich „Mittelfristige Finanzplanung des Finanzministers“ nennt,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

noch zur Grundlage Ihrer Wahlkampfstrategie machen wollen, dann wünsche ich Ihnen damit viel Erfolg. Damit werden Sie eine wunderbare Bruchlandung erreichen, aber für Sie selbst und nicht für andere. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Haushalt dient dazu, um die Mittel, die wir jetzt vom Bund haben, bestmöglich an die Kommunen weiterzuleiten. Wir wollen zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen, und wir wollen die Mittel, die die Kommunen für Investitionen haben, schnell zur Verfügung stellen, damit diese schnell eingesetzt werden.

Deswegen auch der Dank an die anderen Fraktionen hier im Hause, dass wir es trotz der politischen Differenzen, trotz des politischen Wettbewerbs gewährleisten konnten, dass wir ein schnelles Verfahren wählen konnten, dass die Mittel schnell vor Ort, dort, wo sie gebraucht werden, ankommen können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich will noch etwas sagen, das auch die Zustimmung der Opposition finden sollte. Wir erleben bei der Frage der Flüchtlinge vor Ort so viel Unterstützung von den Sportvereinen, von unseren Kultureinrichtungen, von vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von NGOs. Sie wollen Menschen helfen, sie wollen eine Willkommenskultur für diejenigen schaffen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, die aus Not und Elend zu uns gekommen sind. Das ist eine ganz wunderbare Unterstützung. Dafür sollten wir auch unsere Anerkennung aussprechen, und das will ich zu Beginn dieser Debatte um den Nachtrag ausdrücklich tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir schaffen über 800 neue Stellen, um eine umfangreiche Unterstützung für die steigende Zahl der Flüchtlinge zu gewährleisten, darunter 674 zusätzliche Lehrerplanstellen. Denn Bildung ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Die zusätzlichen Mittel, die für das Jahr 2015 vom Bund kommen – 108 Millionen € – geben wir sofort weiter, und wir übernehmen die Hälfte der Summe aus Landesmitteln, die an den Bund zurückgezahlt werden müssen. Die zusätzlichen Mittel werden unter anderem für die Unterbringung, die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge gebraucht. Das Land baut kontinuierlich die Kapazität der Erstaufnahmeplätze aus. Dafür werden die notwendigen Mittel bereitgestellt.

Wir haben in der ersten Lesung zum Nachtrag betont, dass wir es als Vorleistung für den Bund sehen. Inzwischen gibt es Verhandlungsergebnisse, die erfreulich sind. Die Flüchtlingsbetreuung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deswegen ist es gut, dass der Bund erklärt hat, dass er sich dauerhaft und strukturell an diesen Kosten beteiligen will.

Die Aufnahme und Versorgung Asylsuchender ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Herbst sind Gespräche angekündigt. Bis dahin gibt es Arbeitsgruppen. Wir hoffen, dass unsere Forderung aus Nordrhein-Westfalen, aber auch die Forderung aus der Zivilgesellschaft und von den Kirchen dort Niederschlag finden.

Es geht darum, dauerhafte Lösungen für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge zu finden. Es geht um eine Erhöhung der Sprachfördermittel, damit Menschen endlich Zugang zu Sprachförderung haben.

Deswegen ist es wichtig, dass wir auch bei dieser Frage gemeinsam dafür streiten, dass wir hier Unterstützung bekommen. Ich fände es sinnvoll, das so zu tun, wie wir es bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen im letzten Plenum und im Ausschuss hinbekommen haben.

Nordrhein-Westfalen ist in Vorleistung getreten. Wir haben das gemacht, was in unseren Möglichkeiten liegt. Wir brauchen jedoch, weil es eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, die Unterstützung des Bundes. Hier müssen im Herbst konkrete Ergebnisse folgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss will ich doch noch einmal etwas ansprechen, was eben in der Rede von Herrn Dr. Optendrenk aufgeworfen worden ist. Im letzten Haushalts- und Finanzausschuss haben wir über einen Antrag der CDU zum Thema „Heimkinderfonds“ gesprochen. Herr Dr. Optendrenk, wie wir schon im Ausschuss gesagt haben, ist das, was Sie vorhaben, nicht notwendig, weil es noch nicht etat-reif ist.

Es ist überhaupt noch nicht klar: Wie sieht der Kreis der Destinatäre aus? Wie sieht die Struktur derjenigen aus, die dort einzahlen müssen? Dort müssen andere Länder mit einzahlen; dort müssen Regionalverbände mit einzahlen. Dort müssen aber unter Umständen auch die Kirchen ihren Anteil leisten. Das alles ist überhaupt noch nicht klar. Im August dieses Jahres wird sich dazu erneut eine Arbeitsgruppe treffen.

Wir haben – so habe ich die Fachkolleginnen und -kollegen verstanden – im Mai dieses Jahres zwischen allen im Haus vertretenen Fraktionen hier eine Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung wird jetzt umgesetzt. Das ist Ihnen schriftlich zugesagt worden. Der Finanzminister wird sicherlich auch noch einmal darstellen, dass wir natürlich im Haus-

halt 2016 dafür Sorge tragen, dass wir dann, wenn dort eine Einigung erzielt worden ist – die es noch nicht gibt –, die Mittel sofort zur Verfügung stellen. Das haben Sie schriftlich; das haben Sie mündlich. Den Fachleuten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist das heute Morgen vom Staatssekretär noch einmal versichert worden.

Meines Erachtens sollten Sie noch einmal in sich gehen und überlegen, ob sich dieses Thema wirklich für eine Profilierung eignet. Wir hatten im Mai dieses Jahres eine gemeinsame Vereinbarung getroffen. Es handelt sich hier um ein hochsensibles Thema; davon sind Menschen unmittelbar betroffen. Es eignet sich nicht für parteipolitische Profilierung, denke ich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Burkert?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Ja, sehr gern.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich. – Bitte schön, Herr Kollege.

Oskar Burkert (CDU): Schönen Dank. – Wir haben eine Vereinbarung getroffen, das ist richtig. In diesem gemeinsamen Antrag ist aber ein Satz herausgestrichen worden, sonst wäre es zu keinem Konsens gekommen. Dem haben wir zugestimmt. Wir haben aber auch gesagt: Wenn dieser Antrag hier beraten wird, werden wir die Forderung aufstellen, dass – wie Herr Minister Schneider es uns gesagt hat – im Nachtragshaushalt ein Titel eingestellt wird. Dieses werden wir auch einfordern. – Nicht mehr und nicht weniger haben wir getan.

Vizepräsident Oliver Keymis: Stimmen Sie dem so zu, Herr Abel?

(Heiterkeit von der FDP)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident, ich kann nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss – so ist es uns auch dargestellt worden – vor der Situation stehen, dass das Ganze noch nicht etatreif ist. Es gibt noch keine Entscheidung darüber. Die Destinatäre stehen noch nicht fest. Das System, wie in diesen Fonds eingezahlt werden soll, steht noch nicht fest. Es bringt nichts, jetzt einen Strichansatz in den Haushalt einzustellen.

Wir haben gesagt: Wir werden das in den Haushalt 2016 aufnehmen, wenn es konkrete Summen gibt, oder dann auch einen Strichansatz vorsehen, damit wir diese Mittel weiterleiten können. – Das ist die

Vereinbarung. Wie die Fachleute uns gesagt haben, wäre das für die Lösung dieses Problems ausreichend. Deswegen verstehe ich nicht, worüber wir jetzt reden.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding
[GRÜNE])

Es bringt überhaupt nichts, jetzt dort einen Strichansatz hineinzubringen. Wir machen das im Haushalt 2016. Das haben Sie schriftlich. Sie haben unser Wort.

Das sollte zur Beantwortung Ihrer Intervention reichen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abel. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt wird schnell Makulatur sein. Das, was auf dem Flüchtlingsgipfel besprochen worden ist, wird nicht ausreichen.

Ich bin auch enttäuscht von dem, was die Ministerpräsidentin hier zu den Leistungen des Bundes verkündet hat. Auf dem Flüchtlingsgipfel klangen die Forderungen unserer Ministerpräsidentin viel forscher. Da hieß es: Für jedes Verfahren, das länger als drei Monate dauert, soll zukünftig vollumfänglich der Bund aufkommen.

(Beifall von der FDP)

Das sei die Verabredung zwischen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, und das solle gegenüber der Bundesregierung durchgesetzt werden. – Davon ist so gut wie nichts mehr übrig.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Konnten Sie vorhin nicht reden, sodass Sie das jetzt nachholen? – Gegenruf von Marcel Hafke [FDP]: Stellen Sie doch eine Zwischenfrage, Herr Kollege!)

– Lieber Herr Kollege, ich bin Ihre Zwischenrufe aus so vielen Ausschusssitzungen gewohnt, dass mich das nicht weiter anfecht. Ich will da jetzt kein deutsches Sprichwort bemühen, sonst würde ich einen Ordnungsruf kassieren.

Ich möchte lieber noch einmal darüber sprechen, was wir erwarten und was leider ausgeblieben ist, obwohl ich mir heute an dieser Stelle viel mehr erwartet hätte; denn wir wollen mit diesem Nachtragshaushalt insgesamt die Flüchtlingspolitik finanzieren. Dazu gehört eben auch, dass wir die Möglichkeiten schaffen, dass diejenigen, die zu uns kommen und von Anfang an selbst ihr Leben in die Hand nehmen und selbst arbeiten wollen, eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt erfahren. Dafür

passiert zu wenig. Auch das, was jetzt beschlossen ist, reicht dafür nicht aus. Es ist zwar sinnvoll, mit den Sprachkursen zu beginnen, wir brauchen aber eine richtige Unterstützung vor Ort in Bezug auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt; denn dort beginnt die Integration, und dort findet sie am stärksten statt.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber – weil das natürlich eine große Kostenfrage ist, sowohl für das Land als auch für die Kommunen – auch noch einmal über die Straffung der Verfahren sprechen. Die Kollegin Düker ist jetzt nicht mehr anwesend, glaube ich; es sind aber andere Kolleginnen und Kollegen der Grünen da, die fachlich mit der Sache befasst sind. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist – die Ministerpräsidentin hat das vorhin nämlich nicht ausgeführt –, dass die Bund-Länder-Gruppe jetzt sehr wohl prüft, Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Das hat die von Ihnen getragene Landesregierung mitgezeichnet.

(Kai Abrusatz [FDP]: Das stimmt!)

Als ich das vor einem halben Jahr für die Länder Bosnien, Serbien und Mazedonien hier eingefordert habe, haben Sie mir Rechtspopulismus vorgeworfen.

(Beifall von der FDP)

Insofern kann ich nur an Sie appellieren, hier jetzt zur nötigen Sachlichkeit zurückzukommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Ganz genau!)

Umgekehrt ist es mir dann auch zu billig, nur zu sagen, das seien sichere Herkunftsländer; denn die Leute vom Balkan werden auch weiterhin hierher kommen. Es muss tatsächlich etwas in diesen Ländern passieren. Aber auch dazu hören wir von der Landesregierung nichts. Auch auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern haben wir nichts dazu gehört, was denn wirklich im Hinblick auf den Balkan passieren soll.

Vorhin ist von der Kollegin Düker ausgeführt worden, die Flüchtlinge kämen ja nicht ohne Grund. Richtig! Dort wird zum Teil von kriminellen Strukturen Propaganda dafür gemacht, nach Deutschland zu kommen. Das wird von Serbien teilweise unterstützt, weil Serbien ein Interesse daran hat, die Nachbarländer zu destabilisieren.

Diese Dinge können wir doch nicht hinnehmen – sowohl im Sinne dieser Länder als auch in unserem eigenen Sinne! Da erwarte ich Initiativen. Eigentlich hätte ich auch erwartet – schließlich hat Herr Jäger dieses Thema immer wieder angesprochen –, dass das auf einer solchen Bund-Länder-Konferenz ebenfalls zum Thema gemacht wird.

(Beifall von der FDP)

Wenn es um die Verfahrensbeschleunigung geht, wird in den Ergebnissen von Bund und Ländern nur darüber gesprochen, wie die Verfahren gegenüber

den Flüchtlingen vom Balkan durch Beschleunigung gestrafft werden können.

(Beifall von der FDP)

Aber warum sprechen wir denn nicht auch einmal über diejenigen aus den de facto unsicheren Herkunftsländern wie Syrien, wie Eritrea? Warum kommen wir denn nicht auch dort zu entsprechenden Gruppenanerkennungen? Auch das würde die Verfahren erheblich beschleunigen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Auch das wäre eine Möglichkeit, um von dem Berg mit den 220.000 unerledigten Altfällen herunterzukommen, damit wieder zügige Verfahren zu ermöglichen und die Kommunen zu entlasten.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

die man noch angehen muss: Die Bekämpfung der Schlepperbanden hat Christian Lindner vorhin genannt. Wir brauchen darüber hinaus auch eine legale Möglichkeit der Zuwanderung in den deutschen und den europäischen Arbeitsmarkt. Wir brauchen auch humanitäre Korridore für besonders Schutzbedürftige. Darüber sind wir uns, denke ich, hier im Hause einig. Das werden wir auch gemeinsam weiterverfolgen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und am Stream! Die Piratenfraktion begrüßt grundsätzlich die im Nachtragshaushalt enthaltenen Mehrausgaben für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.

Die Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsplätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die zusätzlich bereitgestellten Lehrerstellen sind der Kritik grundsätzlich nicht zugänglich. Die Kritikpunkte in diesem Bereich folgen noch.

Die jetzt in den Änderungsanträgen von Rot-Grün vorgesehene Verteilung der Bundesmittel und die Zuweisung in Höhe von insgesamt 108 Millionen € – also einschließlich des Anteils des Landes an die Kommunen – halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Das ist nichts, was sich diese Landesregierung aus unserer Sicht als Erfolg in die Geschichtsbücher schreiben lassen kann.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Erzählen dürfen wir es aber trotzdem, oder?)

Dennoch stimmen wir Piraten diesen Änderungsanträgen zu.

Wir dürfen allerdings nicht außer Acht lassen, dass wir davon ausgehen müssen, dass die Landesregierung vom Bund schlicht und ergreifend 90 % dessen, was sie selbst an Forderungen in den Raum gestellt hat, gar nicht mit nach Hause gebracht hat. Da war die Rede von rund 9.700 € Kosten pro Flüchtling. Dies hätte bezogen auf die Bundesrepublik einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag ausgemacht, round about 5 Milliarden €. Davon hätte dann, wenn der Bund entsprechend gezahlt hätte, dem Land Nordrhein-Westfalen rund 1 Milliarde € zugestanden. Die Landesregierung kommt jetzt mit insgesamt 100 Millionen € – das sind 10 % – nach Hause. Das halten wir für zu wenig.

Dies sind dann aber auch schon abschließend die Gründe, welche es uns überhaupt ermöglichen, uns bei der Abstimmung über den von der Landesregierung vorgelegten Nachtragshaushalt insgesamt zu enthalten.

Der zweite Nachtragshaushalt 2015 ist ein Schritt in die richtige Richtung – ich sagte es bereits –, greift aber zu kurz und schöpft nicht die vielfältigen, auch fiskalischen Möglichkeiten der Landesregierung aus, um insbesondere auch den Kommunen diejenigen Mittel vollumfänglich zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind.

Nach wie vor fehlt ein schlüssiges Gesamtkonzept. Bei der Landesregierung bleibt die Flüchtlingspolitik Flickschusterei. Die Landesregierung hechelt hinter der rasenden Entwicklung hinterher, obwohl sich die flüchtlingsbedingte Zuwanderung bereits im vergangenen Jahr abzeichnete. Steigende Flüchtlingszahlen zeichnen sich in einer steilen Kurve nach oben ohnehin schon seit dem Jahr 2011 ab. Die Piratenfraktion hat schon 2012 – dem ersten Jahr ihrer Teilnahme hier im Hohen Hause – darauf hingewiesen und dies in zahlreichen Änderungsanträgen zum Haushalt – in mittlerweile drei Haushaltsberatungen – dokumentiert.

Lernen durch Schmerzen, aber ohne Lernen – so könnte man diesen zweiten Nachtragshaushalt bezeichnen.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der stark steigenden Flüchtlingszahlen hätte es dringend mehr an Landesmitteln bedurft, zum Beispiel für den NRW-Flüchtlingsrat, aber auch an vielen anderen Stellen, die heute im Laufe der Debatte schon genannt wurden. Der Flüchtlingsrat fungiert als wichtige Schnittstelle zwischen allen mit Flüchtlingsfragen befassten Beteiligten, insbesondere – so hat der Kollege Abel es eben auch gesagt – den NGOs, den vielen zivilgesellschaftlich Engagierten und den Betroffenen.

Tatsächlich ist es aber so, dass den Kommunen endlich auch aus dem Landeshaushalt heraus unter die Arme gegriffen werden muss. Die desolate Finanzlage der Kommunen in NRW in Kombination mit den steigenden Flüchtlingszahlen führt dazu, dass eine gefährliche Gemengelage entsteht, in der die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger gegen die Bedürfnisse der Flüchtlinge aufgewogen werden. Dies darf nicht passieren.

Es ist nämlich auf der anderen Seite finanzpolitisch auch ein Unding, dass NRW nach wie vor – auch nach der Vereinbarung im Kanzleramt, über die heute sehr ausführlich gesprochen worden ist – mit seinen Pauschalzahlungen an die Kommunen nur die Hälfte der Kosten der Kommunen an diese erstattet. Daran ändern auch die Zuweisungen des Bundes nichts, die jetzt im Änderungsantrag von Rot-Grün ausgewiesen sind.

NRW ist knauserig und könnte mehr. NRW rangiert auf einem der letzten Plätze, wenn es um die Finanzierung der Kommunen in Bezug auf die Lasten geht, die aufgrund der Zuwanderung und der Flüchtlingssituation entstanden sind und weiter entstehen. Frau Ministerpräsidentin Kraft und Herr Kommunalminister Jäger sollten aus unserer Sicht einmal auf den Tisch des Finanzministers klopfen und dort nachfragen, wo denn tatsächlich die Mittel sind.

Herr Finanzminister, wir Piraten haben jüngst, nämlich in der letzten Woche, in Ihrem Hause angefragt, welche Mittel sich angesichts der aktuellen Steuerschätzungen in der Landeskasse als verfügbar zeigen. Sie hatten nichts Besseres zu tun, als zu mauern und die Karten nicht offenzulegen. Stattdessen hatten Sie in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses immerhin die Chuzpe, darzulegen, dass Sie von den Steuerschätzungen nach einem eigenen Schlüssel abweichen und praktisch eine hausinterne Steuerschätzung machen, die deutlich hinter der Realität zurückbleibt. Die wahren Zahlen auf Basis Ihrer Annahmen legen Sie dem Parlament trotz aktueller Nachfrage nicht offen.

Dieses intransparente Verhalten führt aus unserer Sicht zu einer Unterfinanzierung der Kommunen im Hinblick auf die Flüchtlingssituation. Dies können wir, um Gottes willen, hier im Hohen Hause – jedenfalls vonseiten der Opposition – nicht mittragen. Herr Finanzminister, ich fordere Sie hier definitiv auf, die Zahlen einmal offenzulegen, wie es denn mit dem von Ihnen selbst angelegten Schlüssel in Bezug auf die Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen aussieht.

Weil die Richtung stimmt, aber dieser Nachtragshaushalt kein schlüssiges Gesamtkonzept für die Herausforderung der Flüchtlingspolitik erkennen lässt, wird sich die Piratenfraktion insgesamt bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt enthalten.

Im Hinblick auf die Anträge der CDU muss ich sagen – ich habe dazu mit unseren entsprechenden Fachpolitikern Rücksprache gehalten –: Wir sehen natürlich wie alle Fraktionen hier im Hause die absolute Notwendigkeit, dass hier dringend etwas getan werden muss.

Das soll ja auch geschehen, und zwar im August. Ich danke Herrn Kollegen Abel für das von ihm gegebene Wort. Ab August beginnen so langsam die Debatten zum Haushalt 2016. Herr Kollege Abel hat zugesagt, dass dann entsprechende Änderungen in den Haushalt eingestellt werden. Ich gehe davon aus, dass dies fraktionsübergreifend geschehen wird.

So sehr ich die Änderungsanträge persönlich begrüße und sie positiv sehe, folge ich doch der Empfehlung unserer Fachpolitiker, vor allem mit Blick auf die Stimmung im Fachausschuss und die dort getroffenen Vereinbarungen. An dieser Stelle werden wir uns daher zumindest bei den Änderungsanträgen enthalten. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Als nächster Redner spricht für die Landesregierung der Finanzminister Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen: Ich will mich bei allen Fraktionen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen für die Menschen in Not so wichtigen Nachtragshaushalt schnell verabschieden können, und dass es nicht Monate benötigt, um die notwendigen Stellen einzurichten und das nötige Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Schade ist lediglich, dass selbst eine solch übereinstimmende Haltung mit ein paar akrobatischen Verbalien versehen werden muss, um deutlich zu machen, dass man das Ritual zwischen Opposition und Regierung aufrechterhält. Das wäre nicht nötig gewesen; aber es muss offenbar so sein. Wenn es den weiteren Verlauf aber nicht verhindert oder behindert, ist das in Ordnung.

Ich will nur zwei Dinge sagen.

Das eine ist: Ja, Herr Schulz, was die Entwicklung der Flüchtlingszahlen angeht, hecheln wir im Augenblick dem hinterher, was man im Haushalt abbilden kann. Es ist einfach so, dass wir ständig neue Zahlen bekommen. Weder Sie als Opposition noch wir als Regierung würden es richtig machen, wenn wir im Vorgriff einen viel zu großen Rahmen setzen würden. Man muss immer genau beobachten, was passiert. Es ist schlimm genug, dass so viel pas-

siert, und darauf müssen wir reagieren. Das ist richtig so.

Zweiter Punkt. Ja, wir haben Wert darauf gelegt, den Haushalt eng zu fassen. Wir konzentrieren uns lediglich auf das Thema „Flüchtlinge“ und auf die Voraussetzungen für das kommunale Investitionsprogramm. Das ist dennoch kein Grund, hier einen Antrag abzulehnen, der sich mit einem Hilfsfonds für die Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe befasst.

Aber reiten Sie doch nicht darauf herum, dass offenbar eine Verwechslung zwischen dem Nachtrag 2015 und dem Haushaltsansatz 2016 stattgefunden hat. Wir sind als Finanzministerium gemeinsam mit dem Fachressort zu der Auffassung gelangt, dass wir selbst für 2016 noch keine Zahlen kennen und nicht wissen, wie hoch der Bedarf sein wird. Um symbolisch deutlich zu machen, dass wir zu diesem Hilfsfonds stehen, nehmen wir einen Strichansatz in den Haushalt auf. Damit wollen wir deutlich machen: Sobald konkrete Daten vorliegen, können wir sie einsetzen. Wenn wir das aber für 2016 schon nicht können, was soll dann ein solcher Antrag für 2015?

(Beifall von den GRÜNEN)

Für 2015 haben wir keinerlei Grundlage. Den Willen haben wir jedoch. Nehmen Sie das mit. Mehr brauchen wir dafür nicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Showanträge!)

Wenn man da jetzt einen Unterschied machen will, kann man das tun. Aber dann soll die Öffentlichkeit auch wissen, dass die reale Grundlage dafür fehlt. Von der Sache her stimmen wir doch überein. Das sollten wir auch einmal nach draußen signalisieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Der Sache nicht würdig!)

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Walter-Borjans. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Uns liegen insgesamt fünf Anträge vor. Anschließend wird über den Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Lesung abgestimmt.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/9068. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD und Grüne, die Fraktion der Piraten sowie die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der **Änderungsantrag Drucksache 16/9068** ist bei Enthaltung der CDU einstimmig **angenommen**.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/9069. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Grüne sowie die Fraktion der Piraten, die Fraktion der CDU und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Auch niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/9069** einstimmig **angenommen**.

Drittens kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/9071. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? SPD und Grüne stimmen dagegen. – Wer enthält sich? – Es enthält sich die FDP-Fraktion und die Fraktion der Piraten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/9071** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/9072. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? SPD und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthalten sich FDP und Piratenfraktion. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 16/9072** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Fünftens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/9077. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und Grüne stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der **Änderungsantrag Drucksache 16/9077** ist bei Enthaltung von CDU, Piraten und FDP einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter von drei Lesungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/9000, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Wir kommen also zur Abstimmung, und zwar nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck – in der soeben geänderten Fassung. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne stimmen so zu. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der **Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 - zweiter Neudruck** - ist in der **geänderten Fassung in zweiter Lesung** bei Enthaltung von CDU, FDP und Piratenfraktion einstimmig **angenommen**.

Wie zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart, kommen wir jetzt zur dritten Lesung. Das ist nach § 78 Abs. 2 der Geschäftsordnung zulässig, wenn niemand widerspricht. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann rufe ich die **dritte Lesung** des Gesetzentwurfs der Landesregierung Drucksache 16/8650, zweiter Neudruck – Gesetz über die Feststellung

eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 – auf. Eine Rücküberweisung hat nicht stattgefunden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beschlussempfehlung ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs abgegeben. Grundlage für unsere dritte Lesung ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 – zweiter Neu- druck – in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung, wie soeben beschlossen.

Ich eröffne die **Aussprache** und erteile für die SPD- Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

– Sie verzichten auf Ihren Wortbeitrag? Dann erteile ich das Wort der CDU, Herrn Dr. Optendrenk.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Ich verzich- te!)

Er verzichtet auch. – Herr Abel von den Grünen?

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ich ver- zichte!)

– Sie haben sich offenbar verständigt. Das steht hier noch nicht. Herr Witzel redet

(Zurufe und Beifall von der FDP)

und sagt, was noch zu sagen ist. Bitte schön, Herr Kollege Witzel, Sie haben das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr ver- ehrten Damen und Herren! Bevor es hier von ande- ren Fraktionen falsch verstanden würde, wenn Haushälter nicht zu einem Haushalt reden – wobei der Finanzminister gerade viele Vorlagen geliefert hat –, bleiben wir Ihnen unseren Debattenbeitrag natürlich nicht schuldig.

Der Finanzminister hat zu Recht gesagt: Wenn Menschen in Not sind, muss man helfen, auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Deshalb nehmen wir zur Kenntnis, dass die Regierung festgestellt hat, dass dies richtigerweise auch in diesem Parlament mög- lich ist. Trotzdem: Wenn Haushaltsfragen entschie- den werden, darf es – auch wenn man sich in der Zielsetzung einig ist, Menschen zu helfen – zwi- schen den Fraktionen unterschiedliche Vorstellun- gen geben, wie man diese Ziele am besten erreicht.

Fachpolitisch ist von meinem Kollegen bereits in früheren Debattenrunden darauf hingewiesen wor- den, dass wir in Nordrhein-Westfalen das strukturel- le Problem eines geringen Finanzierungsanteils für die kommunalen Lasten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung haben. In Sachverständi- genanhörungen des Haushalts- und Finanzaus- schusses ist beispielsweise von Bildungsverbänden darauf hingewiesen worden, dass sie die jetzt ein- geplante Ressourcen für nicht auskömmlich hal- ten, um ohne Qualitätsverlust für den Unterricht die immensen Herausforderungen zu schultern, die sich voraussichtlich im Jahre 2015 stellen werden.

Uns als Haushälter interessiert die Frage: Wie ist ein Nachtragshaushalt von der Finanzierungsseite her zu bewerten? Da, Herr Kollege Zimkeit, haben Sie gesagt, wir sollten hier Vorschläge zur Haus- haltssolidierung machen. Die bekommen Sie je- des Jahr, immer ein ganz dickes Paket. Sie be- kommen sie auch zu dem neuen Haushalt für 2016. Herr Zimkeit, wenn wir bei den vielen Nachtrags- haushalten,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

die Sie hier vorlegen, jedes Mal unser komplettes Kompendium „Neuorientierung der Haushaltspolitik“ vorlegen würden, würden Sie umgekehrt sagen, wir sollten uns auf die eigentliche Beschlussfassung des Haushalts konzentrieren.

Sie wissen, alleine durch Ihre Wahlgeschenke kön- nen Sie ganz zeitnah eine halbe Milliarde Euro im Haushalt einsparen, wenn Sie das denn wollen. Das haben Sie bislang immer abgelehnt. Viele strukturel- le perspektivische Maßnahmen kommen entspre- chend hinzu, die sich für Sie anbieten würden.

Eines muss man schon feststellen: Dieser Haushalt hier enthält keine politische Prioritätensetzung für den Bereich der Flüchtlinge. Hier hat keine Regie- rung entschieden: „Wir kürzen woanders, um hier einen neuen Schwerpunkt unserer Arbeit zu set- zen“, sondern Sie leiten Gelder durch, die sich er- geben, weil der Bund hier mehr Spielräume ermög- licht

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

oder weil einfach Steuermehreinnahmen infolge von Steuererhöhungen vorhanden sind. Dieser Punkt ist sehr wohl zu besprechen.

Wir brauchen eine Belastungsbremse für die Bür- ger. Seit Jahren verzeichnen wir bei Ihnen den Trend einer immer stärker zunehmenden Umvertei- lung von Privat zu Staat. Menschen, die Vorsorge für ihr Alter treffen wollen, können in Zeiten der Niedrigzinsphase immer weniger für sich selbst zu- rücklegen.

(Zurufe)

Arbeitnehmer liefern immer mehr Geld beim Staat ab, weil Sie die kalte Progression nicht zurückfah- ren. Wenn Sonderaufgaben wie der Aufbau Ost beim Soli entfallen, dann beschließen Sie hier im Landtag, dass Sie das Soliaufkommen auch zukünf- tig haben wollen. Das ist doch die Wahrheit zu die- sem Haushalt!

Wir wollen Menschen in Not helfen. An Ihrem Vor- gehen kritisieren wir ausdrücklich, dass Sie das nicht über eine richtige politische Schwerpunktset- zung tun, sondern nur dadurch, dass immer mehr Belastungen für Unternehmen und Bürger in Nord- rhein-Westfalen zu schultern sind.

Ein weiterer Punkt zu Ihrer Haushaltsplanung: Sie werden natürlich nicht behaupten, dass es für Sie

als Regierungsfraktion ein Selbstzweck sei, Steuersätze zu erhöhen. Ende letzten Jahres haben Sie gesagt: Für Ihre Haushaltsfinanzierung wollen Sie 400 Millionen € aus einer nochmaligen Grunderwerbsteuererhöhung bekommen. Wir haben uns die Steuerprognosen des Finanzministers angesehen, die er Ende letzten Jahres mit den Aktualisierungen in der Planung veröffentlicht hat.

Wir haben gesagt: Wenn das Parlament mit rot-grüner Mehrheit den Steuersatz erhöht, dann muss man den auf das bislang nach dem altem Steuersatz Kalkulierte anwenden. Dann hätten Sie aber 200 Millionen € mehr im Haushalt ausweisen müssen. Das haben Sie aber nicht getan. Jetzt machen Sie genau jetzt das, was wir seit Wochen prognostizieren: Wenn Sie im Laufe des Jahres Geld brauchen, dann machen Sie es über einen Nachtrag, in dem überraschenderweise auf einmal mehr Steuern da sind. Das ist unsolid. Sie gaukeln den Bürgern vor, die Belastungen wären niedriger. In Wahrheit sind sie höher, damit Sie sich solche Polster hier aneignen können. Das dürfen wir in einer Haushaltsdebatte wohl noch kritisieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Bleiben Sie am Pult. Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Zimkeit.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ich habe mich zu Wort gemeldet, keine Kurzintervention!)

– Keine Kurzintervention. Sie wollen einen Redebeitrag leisten. Dann ans Pult mit Ihnen, Herr Kollege Zimkeit. Jetzt ist die Gelegenheit. Sie haben das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Stefan Zimkeit (SPD): Danke, Herr Präsident! Ich weiß nicht, ob es an der Kamera liegt, die hier steht, oder an der Vorbildfunktion von Herrn Lindner, dass Herr Witzel jetzt seine Textbausteine, die wir uns jedes Mal hier anhören müssen, unbedingt noch einmal wiederholen muss. Dadurch werden sie auch nicht richtiger.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will mich – damit keine Missverständnisse aufkommen – zu dem Punkt mit den Wahlgeschenken äußern, den Sie immer wieder ansprechen. Zum einen merken wir immer wieder: Der FDP ist es fremd, vor der Wahl etwas zu versprechen und es danach einzuhalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben das beim Soli erlebt, dessen Abschaffung Sie versprochen haben, was Sie aber zu Ihrer Regierungszeit nicht eingehalten haben. Jetzt verlangen Sie ständig von anderen dessen Abschaffung.

Wir gehen da anders vor. Wir haben vor der Wahl versprochen, die Studiengebühren abzuschaffen. Wir haben vor der Wahl versprochen, das erste Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Das waren unsere Versprechen. Die haben wir eingehalten. Dabei bleiben wir. Sie wollen das wieder ändern. Familien und Studenten mit Gebühren zu belasten, das wird mit uns nicht machbar sein. Das gibt es nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Obwohl wir unsere Versprechen einhalten, betreiben wir eine solide Haushaltspolitik, die dazu führen wird, dass wir 2019 keine Neuverschuldung machen werden. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Zimkeit, bleiben Sie bitte am Pult stehen. – Danke schön. Jetzt komme ich auch zu meiner Kurzintervention. Nun haben wir eine – angemeldet von der FDP-Fraktion. Herr Lindner, wenn Sie sich eindrücken, können wir das Mikrofon freischalten. Bitte schön.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Jetzt bin ich aber nervös!)

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Zimkeit, da Sie ja jetzt in das parteipolitische Kleingeldwechseln eingestiegen sind,

(Heiterkeit von der SPD)

und hier über die Haushaltsdebatte hinaus grundsätzliche Charakterfragen von Parteien angesprochen haben, wer seine Wahlversprechen hält und wer nicht, will ich Sie daran erinnern, dass im Jahr 2005 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen ganzen Bundestagswahlkampf damit bestritten hatte zu sagen: „Merkelsteuer, das wird teuer“. Sie haben sich gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer gewandt. Nach der Wahl kam die große Wahllüge. Sie haben sie nicht um 2 %, sondern um 3 % erhöht. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit der SPD.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD – Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollegen, darf ich um ein bisschen Ruhe bitten? – Herr Kollege Zimkeit, Sie haben das Wort zur Erwiderung. Bitte schön.

Stefan Zimkeit (SPD): Wenn Sie gerade den Vorwurf des parteipolitischen Kleingeldes erhoben haben bei unserer Debatte, weiß ich jetzt nicht, wie ich

Ihren Redebeitrag noch darunter bewerten will. Das will ich aber auch nicht tun, weil Sie augenscheinlich nur von Ihren eigenen Versäumnissen ablenken wollen.

Wie das damals in den Koalitionsverhandlungen gelaufen ist, wissen Sie. Aber warum äußern Sie sich denn nicht zu der Frage? Warum stellen Sie sich immer wieder hier hin und sagen: Wir fordern von der jetzigen Landesregierung Unterstützung für die Abschaffung der kalten Progression, für die Abschaffung des Soli; das muss endlich gemacht werden. – Warum haben Sie es während Ihrer Regierungszeit nicht durchgesetzt und nicht angepackt?

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Sie verlangen immer von anderen, dass sie das umsetzen, wozu Sie nicht in der Lage waren. Warum sind Sie dazu nicht in der Lage gewesen? Weil Ihnen die Ansätze für eine solide Haushaltspolitik fehlen. Sie haben sich nämlich mit Ihren Vorschlägen gegenüber Herrn Schäuble nicht durchsetzen können, weil Sie nicht in der Lage sind, solide Gegenfinanzierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Jetzt wiederhole ich den letzten Punkt. Angesichts der Tatsache, dass Sie so viel reden müssen, scheinen Sie ja zu wissen, dass Sie auf dem falschen Weg sind.

Jetzt möchte ich den letzten Punkt wiederholen: Sie sind hier in weiten Teilen wieder nur in bundespolitischen Debatten. Herr Stamp hat gerade seine bundespolitische Rede wiederholt, die er wegen Ihrer langen Redezeit beim ersten Tagesordnungspunkt nicht leisten konnte. Wir sind hier kein Ersatzparlament für den Bund, wo Sie nicht mehr vertreten sind, sondern ein Landesparlament.

(Zurufe von der FDP)

Deswegen sollten Sie sich auch einmal mit Landespolitik beschäftigen!

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. So weit die Kurzintervention und die Entgegnung darauf. – Wir fahren fort in der vorgesehenen Rednerfolge. Das heißt, meine Damen und Herren, dass ich für die Piratenfraktion Herrn Kollegen Dr. Paul das Wort erteile.

(Zurufe von der FDP – Zurufe von der SPD)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und zu Hause! Ich möchte angesichts des vorliegenden Nachtragshaushalts, zu dem Herr Schulz schon für unsere Fraktion ausgeführt hat, noch zwei Detailpunkte hervorheben, die uns nicht so ganz unwesentlich erscheinen.

Erstens. Ein Nachtragshaushalt, der im Wesentlichen die milden Gaben des Bundes verteilen hilft, so ja auch der Begründungsansatz im Gesetzentwurf, ist nichts weiter als Brosamen für die geplagten und gebeutelten Kommunen.

(Beifall von den PIRATEN)

Insbesondere die Anhörung der Sachverständigen zum zweiten Nachtragshaushalt hat das eindrucksvoll bestätigt. So kritisiert beispielsweise der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen, dass der Lehrerberuf, bezogen auf mehr als 17.000 Schülerinnen und Schüler, 1.013 Stellen ausmacht. Von diesem Bedarf wird aber nur ein Teil gedeckt – ca. zwei Drittel, nämlich 674 Stellen, sind es insgesamt –, sodass nach wie vor von 339 fehlenden Stellen auszugehen ist, die nur vorübergehend dem Kontingent gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung entnommen werden können. Es müssten also 1.013 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden, auch in Anbetracht der mit der Inklusion verbundenen Herausforderungen.

Zweitens. Das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf kritisiert die fehlende Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie. Sie ist den Mitgliedsstaaten bis zum 20. Juli auferlegt. Die Landesregierung hat aus Sicht des Psychosozialen Zentrums für Flüchtlinge in Düsseldorf auch nach Vorlage dieses Nachtragshaushalts zu wenig getan, um die EU-Aufnahmerichtlinie fristgerecht umzusetzen. Wir fürchten, dieses Unterlassen wird langfristig dem Land Nordrhein-Westfalen teuer zu stehen kommen.

Wenn man bei den Menschen von Anfang an feststellt, welchen Bedarf sie haben, und den entsprechend deckt, ergeben sich hohe Einsparungsmöglichkeiten, weil zum Teil stationäre Behandlungen oder auch unnötige Doppelbehandlungen vermieden werden. Vor allem wenn die Leute nicht behandelt werden, neigen die Krankheiten dazu, zu chronifizieren, sodass die Leute langfristig auf Transferleistungen angewiesen sind, was bei einer vernünftigen Behandlung von Anfang an in sehr vielen Fällen vermieden werden könnte.

Es geht um einen Personenkreis – das ist heute mehrfach gesagt worden – mit einem ganz besonderen Schutzbedarf. Wenn wir in die Statistik schauen, erkennen wir, dass sehr viele von diesen Menschen auch langfristig in Deutschland bleiben werden. Daher rechnet es sich natürlich, sie von Anfang an so zu versorgen, dass sie möglichst schnell über ihre Traumatisierungen und ihre psychischen Probleme hinwegkommen und sich sowohl am Arbeitsleben als auch am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Statt aber proaktiv zu handeln und die EU-Aufnahmerichtlinie auf Landesebene umzusetzen, wird momentan nur die Verantwortlichkeit zwischen Bund und Ländern hin und her geschoben. Weit-

sichtige Politik sieht nach unserer Auffassung ganz anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Landesregierung erteile ich noch einmal Herrn Finanzminister Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten über einen Nachtragshaushalt. Es geht in diesem Nachtragshaushalt darum, schnellstmöglich die Bedingungen zu schaffen, dass wir den Flüchtlingen in unserem Land helfen können. Wer dabei hätte Änderungen vorbringen wollen, hätte Änderungsanträge stellen können.

(Beifall von der SPD)

Hier wird ständig zitiert und darüber gesprochen, was fehlt, was man noch hätte machen können, aber es liegen keine Änderungsanträge vor. Man kommt offenbar nicht damit klar – das geht ganz besonders an die Adresse der FDP –, dass man hier eine gemeinsame Zielsetzung gemeinsam verfolgen kann. Herr Lindner, wenn Sie hier parteipolitisches Kleingeld ins Spiel bringen, muss ich sagen: Das, was Sie dazu geäußert haben, war parteipolitisches Falschgeld.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das gehört nicht in eine Diskussion, weil das nicht des Themas würdig ist, mit dem wir uns hier beschäftigen. Die Grunderwerbsteuer und all die anderen Punkte, die Sie angeführt haben, sind abstruse Argumentationslinien, als wenn die Bürger höher belastet wären, wenn am Ende ein höheres Gesamtaufkommen aus der Steuer erzielt wird. Die Steuer ist um 1,5 % gestiegen. Nicht mehr und nicht weniger. Alles andere können wir an anderer Stelle beraten.

Hier geht es jetzt um einen Nachtragshaushalt zu einem ganz wichtigen Thema. Ich fände gut, wenn wir das nicht mit Argumenten belasteten, die hier nicht hingehören und am Ende nur der Selbstprofilierung dienen sollen, die nicht passt. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister Walter-Borjans, vielen Dank. Ich war nicht dazu gekommen, Sie zu fragen, ob Sie eine Frage von Herrn Kollegen Schulz zulassen. Ich vermute, dass Sie das tun.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. – Sie hatten gerade ausgeführt, dass keine Änderungsanträge, trotz der vielen Kritikpunkte der Opposition, vorliegen würden. Können Sie vielleicht die Frage beantworten, wie viele von den sinnvollen, wichtigen und guten Änderungsanträgen der Opposition seit den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2012 bis heute vonseiten der regierungstragenden Fraktionen angenommen worden sind?

(Beifall von den PIRATEN)

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Es ist abwegig, diese Frage an die Regierung zu stellen. Richten Sie diese Frage doch an das Parlament!

Es gehört zur parlamentarischen Auseinandersetzung, Änderungsanträge zu stellen. Es gehört auch dazu, über sie zu diskutieren und über sie abzustimmen. Bei Abstimmungen gibt es Mehrheiten und Minderheiten. Der Minister kann Ihnen dafür jetzt nicht die statistischen Grundlagen bieten. Wenn Sie daraus den Schluss ziehen, dass Sie künftig keine Änderungsanträge mehr stellen wollen, dann kann ich Ihnen dabei nicht helfen. Den parlamentarischen Gepflogenheiten wird das sicherlich nicht dienen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck. Wir stimmen jetzt in der dritten Lesung über den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung ab. Da das Beratungsverfahren hiermit abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck** – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **in dritter Lesung angenommen und verabschiedet** ist.

Ich schließe damit die Beratung zu Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

3 Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und Finanzierung des Ganztags zum Projekt des Gesamtstaats machen – Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz bis 2020 einführen